



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 11. September 2017
Kantonsratspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri

A 389 Anfrage Widmer Herbert und Mit. über das Projekt „Carparking unter dem Schweizerhofquai“ / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 389 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden.

Marcel Budmiger: Mir ist nicht klar, nach welchen Kriterien die Regierung die Dringlichkeit bewertet hat. In den Fraktionen und in der Verkehrskommission der Stadt Luzern ist diese Idee kürzlich vorgestellt worden. Da es sich erst um eine Idee handelt, ist es fraglich, ob die Verwaltung die Anfrage innert so kurzer Frist seriös beantworten kann. Vor einiger Zeit hat das Stadtparlament das Projekt Parkhaus Musegg verworfen, was in einigen Kreisen der Stadt zu einem relativ grossen Aufschrei geführt hat. Die vorliegende Anfrage scheint zum Ziel zu haben, dass die Idee möglichst schnell vom Tisch kommt.

Claudia Huser Barmettler: Die GLP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab. Ich kann mich dem Votum von Marcel Budmiger anschliessen. Es handelt sich erst um eine Idee, die im Stadtparlament behandelt worden ist. Der Kanton sollte deshalb nicht vorpreschen.

Herbert Widmer: Die Öffentlichkeit erwartet eine umgehende politische Stellungnahme des Kantonsrates. Das Thema ist von aussergewöhnlich hohem politischem Gewicht. Das Anliegen kann nicht mit einem Geschäft eingebracht werden und fällt in die Zuständigkeit des Kantonsrates. Die Fragen haben nicht direkt mit dem Projekt zu tun, sondern es geht um seine Vorbereitung. Es ist wichtig, dass die planungshoheitliche Instanz beim Kanton liegt. Für das Projekt Parkhaus Musegg wurden 1,5 Millionen Franken umsonst ausgegeben, weil die notwendigen Abklärungen nicht rechtzeitig getroffen worden sind. Zudem sind die Fragen einfach zu beantworten.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Die Regierung findet, dass es sich um ein Anliegen von hohem politischem Gewicht handelt. Die Medien haben intensiv darüber berichtet. Dabei wird immer wieder vergessen, dass es sich bei der betroffenen Strasse um eine Kantonsstrasse handelt. Der Kanton ist also sehr wohl zu involvieren. Wir möchten aufzeigen, in welcher Art und Weise wir involviert sind. Ich bitte Sie deshalb, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 74 zu 39 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.